

Geschäftsbericht 2014

Jobcenter Landkreis Tübingen



Impressum

Jobcenter Landkreis Tübingen Geschäftsführung

Autoren:

Sylvia Scholz (Geschäftsführerin) Horst Gneithing (stellvertretender Geschäftsführer) Bernhard Boll (Controlling) Steffen Rothhaupt (Finanzen) Detlef Winter (Projektleiter Perspektive 50plus)



Inhalt

1	Vor	wort der Geschäftsführerin	4
2	Ges	chäftsstatistik 2014	5
	2.1	Arbeitslose	5
	2.2	Bedarfsgemeinschaften	6
	2.3	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	6
3	Pers	sonal	7
	3.1	Personalstand	7
4	Fina	anzen	8
	4.1	Gesamtbudget	8
	4.2	Eingliederungsbudget	9
	4.3	Bundesprogramm Perspektive 50plus	10
	4.4	Verwaltungskostenbudget	10
5	Sch	werpunkte der Integrationsarbeit und Zielerreichung	11
	5.1	Schwerpunkte der Integrationsarbeit	11
	5.2	Zielerreichung	12
6	Gel	dleistungen der Grundsicherung	13
	6.1	Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	13
	6.2	Kommunale Passivleistungen	13
7	Wid	ersprüche und Klagen	14
	7.1	Widerspruchsverfahren	14
	72	Klageverfahren	14



1 Vorwort der Geschäftsführerin

Die Entwicklung im Jahr 2014 hat uns deutlich aufgezeigt, dass es trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in der Region und dem damit einhergehenden Anstieg an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen eine große Herausforderung darstellt, SGB II-Bezieher dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ende 2014 erhielten 3.853 Haushalte (Bedarfsgemeinschaften) im Landkreis Tübingen Leistungen nach dem SGB II. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Steigerung um 0,9 % bzw. 34 Bedarfsgemeinschaften. In diesen Haushalten lebten 4.948 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, 2,0 % mehr als im Vorjahr. Von den eLb waren 2.160 bzw. 43,7 % arbeitslos und standen für Vermittlungsaktivitäten zur Verfügung. 56,3 % waren in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Ausbildung, Erziehungszeit, pflegten Angehörige oder besuchten Maßnahmen.

Durch vielfältige Vermittlungs-, Aktivierungs- und Qualifizierungsbemühungen ist es uns im Jahresverlauf 2014 gelungen, den Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen von 50,0 % auf 47,4 % zu senken. Insgesamt konnten im letzten Jahr 1.323 (2013: 1.368) Kunden/innen mit unserer Unterstützung eine Beschäftigung oder Ausbildung aufnehmen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies jedoch einen Rückgang an Integrationen um 3,3 %.

Dieser Rückgang an Arbeits- und Ausbildungsaufnahmen kann uns trotz des positiven Trends beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit nicht zufrieden stellen. Für 2015 müssen wir basierend auf unseren Erfahrungen "Was gelingt und wo müssen wir neue Wege gehen" neue Strategien entwickeln um insbesondere Langzeitbeziehern den Einstieg bzw. den Weg zurück in eine bedarfsdeckende, dauerhafte Beschäftigung zu ebnen.

Im neuen Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters Landkreis Tübingen haben wir unsere Strategien und Handlungsansätze für 2015 dargestellt. Neben einer Individualisierung unserer Maßnahmenangebote, insbesondere im Vorfeld einer abschlussorientierten Qualifizierung oder Ausbildung, wird es Angebote speziell für Minijobber auf dem Weg zu einer bedarfsdeckenden Beschäftigung geben.

Auch unser Beratungsangebot wird sich verändern. Das Fallmanagement, welches wir für Kundinnen und Kunden mit multiplen Vermittlungshemmnissen (z.B. gesundheitliche oder familiäre Probleme, Suchtverhalten oder Schulden) anbieten, wird ausgeweitet und spezialisiert. Hier ist nicht die kurzfristige Arbeitsaufnahme das Ziel, sondern das Fallmanagement dient vorrangig dazu, Integrationsfortschritte zu erzielen.

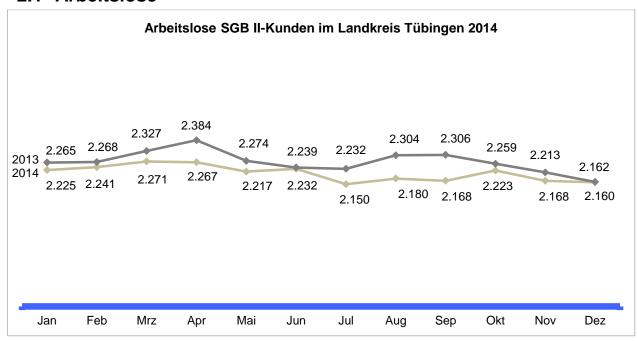
Unser ganzheitliches Fallmanagement kann aber nur Wirkung entfalten, wenn es uns gelingt, zusammen mit unseren kommunalen Partnern und mithilfe der Netzwerke ein umfassendes und ausreichendes Unterstützungsangebot, insbesondere im psychosozialen und im gesundheitlichen Bereich zu schaffen. Die Kunst, bei den Kundinnen und Kunden das Problembewusstsein herzustellen und sie zu motivieren, diese freiwilligen Angebote anzunehmen, wird auch in den nächsten Jahren eine der Herausforderungen meiner Vermittlungsfachkräfte sein.

Sylvia Scholz Geschäftsführerin Jobcenter Landkreis Tübingen

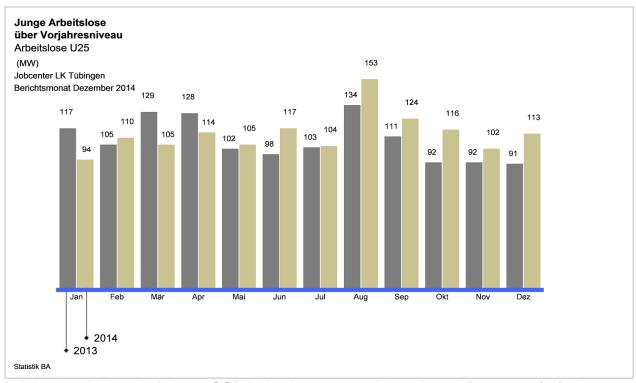


2 Geschäftsstatistik 2014

2.1 Arbeitslose



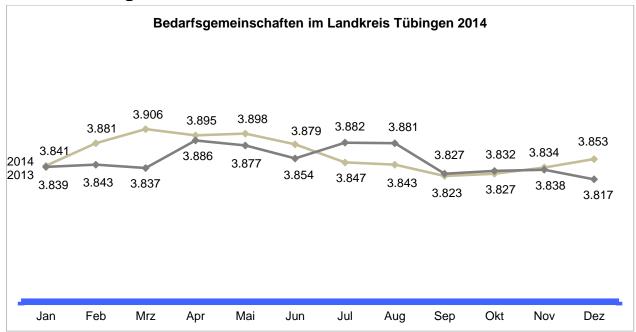
Die Anzahl der arbeitslosen SGB-II-Kunden ist mit 2.160 im Vergleich zum Dez. 2013 (2.162) annähernd konstant geblieben. Im Vorjahr war eine Steigerung um 1,8 % zu verzeichnen.



Bei der Anzahl der arbeitslosen SGB II-Kunden unter 25 Jahren ist seit Dez. 2013 (91) ein Anstieg um 22 bzw. 24 % zu verzeichnen. Im Vorjahr lag noch ein Rückgang um 15,7 % vor. Die geringe absolute Anzahl jugendlicher Arbeitsloser als Ausgangsgröße relativiert die deutlichen prozentualen Veränderungen.

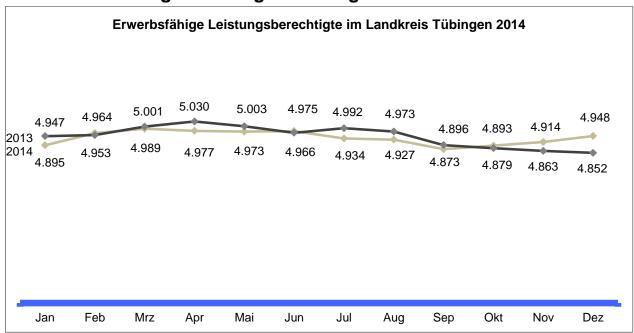


2.2 Bedarfsgemeinschaften



Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist seit Dez. 2013 (3.817) um 36 Haushalte bzw. 0,9 % auf 3.853 gestiegen. Bei den Zahlen für Nov. bis Dez. 2014 handelt es sich noch um hochgerechnete Werte. Im Vorjahr wurde ein Anstieg von 0,8 % (29 Haushalte) verzeichnet.

2.3 Erwerbsfähige Leistungsberechtigte



Die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist seit Dez. 2013 (4.852) um 96 Personen bzw. um 1,9 % gestiegen. Bei den Zahlen für Nov. bis Dez. 2014 handelt es sich um hochgerechnete Werte. Im Vorjahr war ein Anstieg um 0,8 % zu verzeichnen.



3 Personal

3.1 Personalstand

Im Dezember 2014 waren im Jobcenter Landkreis Tübingen 95 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Dezember 2013: 91). Dies entspricht 86,47 Vollzeitäquivalenten (Dezember 2013: 82,92 VZÄ).

Für den Bereich "Leistungsgewährung" wurden 37,07 Vollzeitäquivalente (VZÄ), für den Bereich "Markt und Integration" 31,04 VZÄ eingesetzt.

Der Frauenanteil an den Beschäftigten lag bei 67 %.

Ende 2014 betrug die Befristungsquote 11,6 % und ist im Vergleich zum Jahresende 2013 mit 12,6 % leicht gesunken.

Mit 87,4 % stellte die Bundesagentur für Arbeit den Großteil aller Beschäftigten (83 von 95). Auf die kommunalen Träger Stadt und Landkreis Tübingen entfielen zusammen 12,6 % des Personals (12 von 95).

28 von 95 Beschäftigten arbeiteten in Teilzeit, dies entspricht einer Teilzeitguote von 29,5 %.

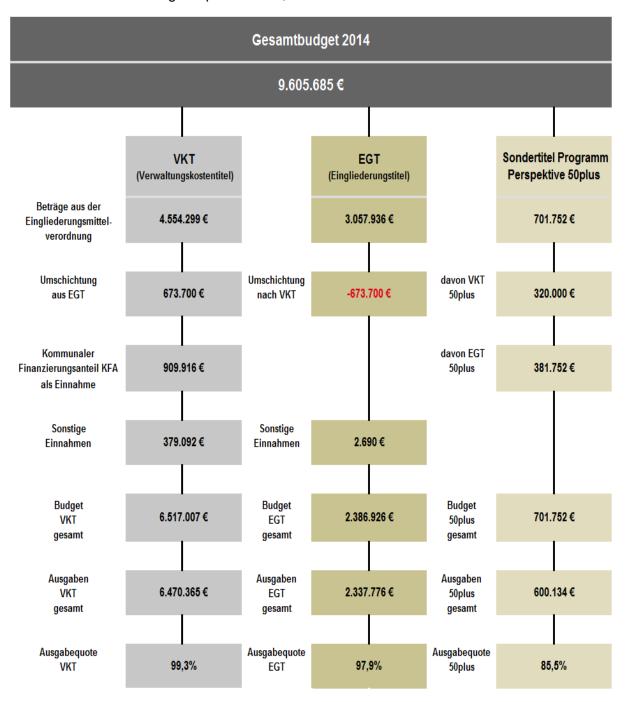


4 Finanzen

4.1 Gesamtbudget

Für das Haushaltsjahr 2014 stand dem Jobcenter Landkreis Tübingen ein Gesamtbudget von 9.605.685 € zur Verfügung. Für die Ausfinanzierung des unbefristeten Beschäftigungszuschusses nach § 16e SGB II wurden 2014 zusätzliche, aber zweckgebundene Mittel in Höhe von 136.156 € zugewiesen, die im Gesamtbudget und den folgenden Übersichten nicht abgebildet sind.

In den Bereichen Verwaltungs- und Eingliederungsleistungen konnte jeweils eine Ausgabequote nahe an 100 % erzielt werden. Beim Bundesprogramm "Perspektive 50 plus" für Ältere belief sich die Ausgabequote auf 85,5 %.





4.2 Eingliederungsbudget

2014 stand dem Jobcenter Landkreis Tübingen ein Eingliederungsbudget von 2.386.926 € zur Verfügung. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von 123.779 € bzw. um knapp 5 %.

Ausgaben für Eingliederungsleistungen wurden 2014 in Höhe von 2.337.776 € geleistet. Dies entspricht einer Ausgabequote von 97,9 %. Im Vorjahr wurden 2.411.454 € ausgegeben und die Ausgabequote lag bei 96 %.

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Verteilung der Ausgaben des Eingliederungsbudgets auf die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Den Ausgaben des Jahres 2014 werden die Ausgaben 2013 gegenübergestellt.

Eingliederungsleistungen	lst 2014	lst 2013	Veränderung zum Vorjahr
Gesamtbudget	2.386.926 €	2.510.705€	-4,9 %
Vermittlung, Aktivierung, berufliche Eingliederung			
Vermittlungsbudget + Reisekosten Meldepflicht	121.152 €	127.661 €	-5,1 %
Aktivierung und berufliche Eingliederung	730.577 €	826.901 €	-11,6 %
Qualifizierung			
Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)	556.484 €	527.967 €	+5,4 %
Beschäftigung begleitende Leistungen			
Eingliederungszuschüsse (EGZ)	201.616 €	154.169 €	+30,8 %
Einstiegsgeld	42.962 €	31.138 €	+38,0 %
Förderung Arbeitsverhältnisse	62.519€	39.490 €	+58,3 %
Spezielle Maßnahmen für Jüngere	118.990 €	178.106 €	-33,2 %
Leistungen für Menschen mit Behinderung	144.514 €	89.491 €	+61,5 %
Beschäftigung schaffende Maßnahmen			
Schaffung von Arbeitsgelegenheiten	336.733 €	375.130 €	-10,2 %
Freie Förderung	22.229€	61.401 €	-63,8 %
Summe der Ausgaben	2.337.776 €	2.411.454 €	-3,1 %

Die Ausgaben bei einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wichen in 2014 erheblich von den Vorjahresausgaben ab. "Maßnahmen für Jüngere" und "Leistungen für Menschen mit Behinderung" sind stark vom vorhandenen Kundenpotential abhängig. Die Ausgaben für Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber waren 2013 um mehr als 50 % zurückgegangen. Die Steigerung in 2014 war vorhersehbar und konnte in den Planungen berücksichtigt werden.

Bezogen auf den Anteil der Instrumente an den Gesamtausgaben im Eingliederungsbudget sind im Vergleich zum Jahr 2013 fast unveränderte Quoten zu verzeichnen:

Instrument	Anteil 2014	Anteil 2013
Aktivierung und berufliche Eingliederung	36 %	37 %
Qualifizierung	24 %	21 %
Beschäftigung begleitende Maßnahmen	13 %	14 %
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	14 %	15 %



4.3 Bundesprogramm Perspektive 50plus

Im 3. Jahr der Teilnahme am Bundesprogramm "Perspektive 50plus" für Ältere standen Ausgabemittel von insgesamt 701.752 € zur Verfügung. Ausgegeben wurden 600.134 €, was einer Ausgabequote von 85,5 % entspricht. Die Vorjahresausgabequote belief sich auf 98,9 %. Von den Gesamtausgaben entfielen 325.296 € auf Personal- und Verwaltungskosten. 274.838 € wurden für die Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die Projektteilnehmer ausgegeben. Davon für Gruppenmaßnahmen mit insgesamt 31 Teilnehmerplätzen 119.689 € und 155.149 € für 776 Einzelförderungen.

Insgesamt nahmen im Jahr 2014 512 Teilnehmer die Betreuung durch das Bundesprogramm "Perspektive 50plus" im Landkreis Tübingen in Anspruch. Davon waren 199 Frauen (39 %) und 313 Männer (61 %). Durch die spezielle Unterstützung konnten 105 Teilnehmer auf dem 1. Arbeitsmarkt integriert werden, 41 Frauen und 64 Männer.

Im Jahr 2014 (April und Oktober) wurde erneut die Maßnahme "MOVE" mit 34 Plätzen bei einem Bildungsträger durchgeführt. Ziel war es u. a. bei den Teilnehmern wieder Selbstbewusstsein zu schaffen, Selbstzweifel abzubauen, die Übernahme von Eigenverantwortung zu stärken und neue Perspektiven zu schaffen. Wohl aufgrund der Freiwilligkeit der Maßnahmenteilnahme haben lediglich 2 Teilnehmer die Maßnahme abgebrochen und es entstanden wenige Fehlzeiten.

4.4 Verwaltungskostenbudget

Im Jahr 2014 stand dem Jobcenter Landkreis Tübingen ein Verwaltungskostenbudget von 6.517.007 € zur Verfügung.

Verwaltungsausgaben fielen in Höhe von 6.470.365 € an. Die Budgetausschöpfung lag bei 99,3%. Die Verwaltungsausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 490.000 € (8,2 %) gestiegen. Für Personal musste im Vergleich zum Vorjahr 5,6 % mehr ausgegeben werden. Für die Kostenerhöhung um 18,2 % bei den Sach-, Anlage- und sonstigen Kosten waren erforderliche Umbaumaßnahmen ursächlich.

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Ausgaben im Verwaltungsbudget. Den Ausgaben des Jahres 2014 werden die Ausgaben 2013 gegenübergestellt.

	2014	2013
Personalkosten	4.768.631 €	4.514.521 €
Sach-, Anlage- und sonstige Kosten	1.396.438 €	1.181.358 €
Serviceangebote	305.296 €	282.797 €
Summe	6.470.365 €	5.978.676 €



5 Schwerpunkte der Integrationsarbeit und Zielerreichung

5.1 Schwerpunkte der Integrationsarbeit

Das Jobcenter Landkreis Tübingen hielt auch in 2014 ein auf die Zielgruppen abgestimmtes Maßnahmenangebot bereit, das die individuelle Förderung unserer Kunden/innen, insbesondere zur Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, gewährleistete.

Trotz Budgetkürzungen war es uns durch den wirtschaftlichen und ergebnisorientierten Einsatz der Haushaltsmittel möglich, Kundinnen und Kunden verschiedener Herkunft und in sehr unterschiedlichen Lebenslagen bei der Arbeitssuche zu unterstützen und Integrationsfortschritte zu erzielen. Ein besonderer Fokus lag auf der beruflichen Qualifizierung, insbesondere der Personengruppe der "Jungen Erwachsenen" (25 - 34 Jahre).

Durch die rege Beteiligung unserer örtlichen Maßnahmenträger an ESF-Ausschreibungen auf regionaler, aber auch auf Landes- und Bundesebene, konnten 2014 zahlreiche Kundinnen und Kunden in diese Maßnahmen einmünden. Diese Angebote waren auf das Arbeitsmarktprogramm und die Handlungsstrategien des Jobcenters abgestimmt.

2014 (Zahlen für 2013 in Klammern) konnten bei den sechs wichtigsten Eingliederungsinstrumenten 1.649 (1.744) Eintritte unserer Kunden/innen in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aus dem Eingliederungsbudget finanziert werden:

Förderung der beruflichen Weiterbildung 120 (83)

Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber 84 (94)

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung 1.218 (1.319)

Arbeitsgelegenheiten 218 (237)

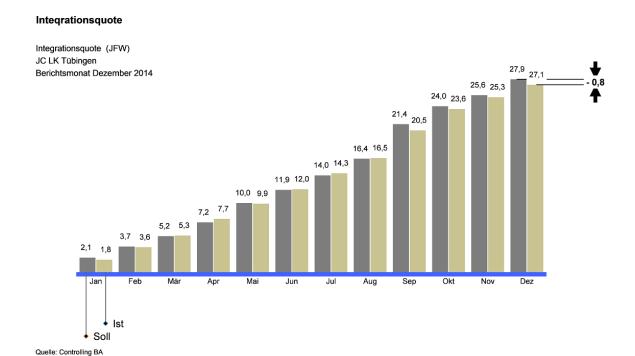
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen 4 (6)

Förderung von Arbeitsverhältnissen "Gute und sichere Arbeit" 5 (5)

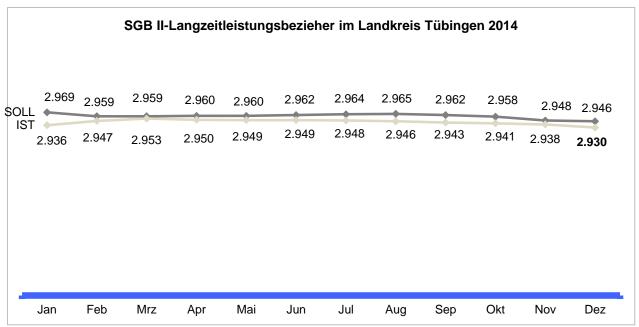
Außerdem wurde in 642 (640) Einzelfällen Leistungen aus dem Vermittlungsbudget nach §44 SGB III im Umfang von insgesamt 121.152 € (127.661 €) ausbezahlt.



5.2 Zielerreichung



1.323 (2013: 1.368) Integrationen bei im Jahresdurchschnitt 4.889 (2013: 4.911) erwerbsfähigen Leistungsberechtigen entsprechen einer Integrationsquote von 27,1 %. Die Integrationsquote wurde um 0,8 Prozentpunkte verfehlt. Zur Zielerreichung fehlten 40 Integrationen.

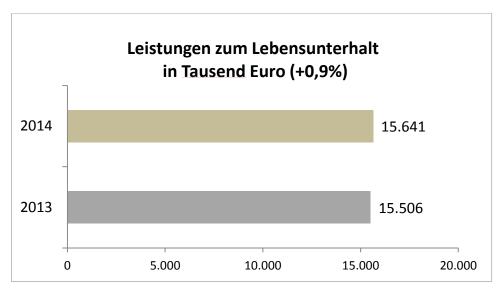


Das Ziel, die Anzahl der Langzeitleistungsbezieher zu reduzieren wurde erreicht. Der maximal zulässige Wert von 2.946 wurde mit 2.930 klar unterschritten.



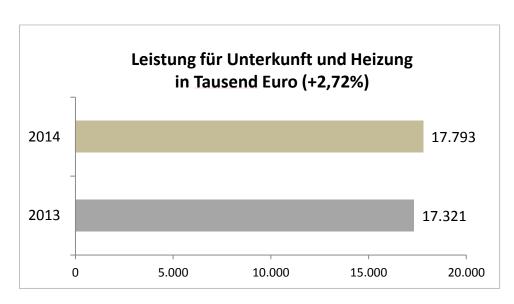
6 Geldleistungen der Grundsicherung

6.1 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld



Die Ausgaben für Arbeitslosengeld II und Sozialgeld sind 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 135.000 € bzw. um 0,9 % gestiegen. Die prognostizierte Steigerung von +3,2 % wurde deutlich unterschritten.

6.2 Kommunale Passivleistungen



Die Ausgaben für die kommunalen Passivleistungen (insbesondere Kosten der Unterkunft und Heizung) sind 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 472.000 € bzw. um 2,72 % gestiegen.



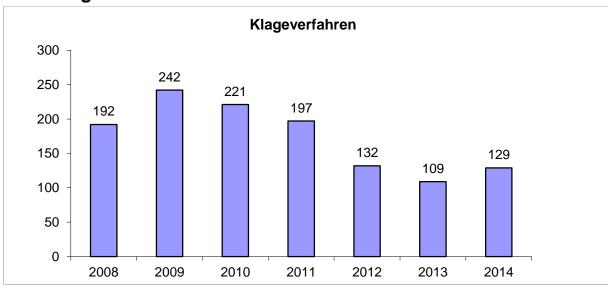
7 Widersprüche und Klagen

7.1 Widerspruchsverfahren



2014 ist die Zahl der eingegangenen Widersprüche auf 904 angewachsen. Insbesondere Widersprüche gegen Aufhebungs- und Erstattungsbescheide und Anrechnung von Einkommen haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Stattgabequote lag bei 26 %, wobei der überwiegende Anteil der Stattgaben auf nachgereichte Unterlagen im Widerspruchsverfahren zurückzuführen ist. Die Bearbeitungszeit war stabil unter 3 Monaten.

7.2 Klageverfahren



Auch die Anzahl der erhobenen Klageverfahren ist gegenüber dem Vorjahr auf 129 angewachsen. Dabei sind allein 23 Klagen auf einen Kläger zurückzuführen. Von den 93 im Jahr 2014 abgeschlossenen Klageverfahren wurden 12 gewonnen, 2 verloren, 47 wurden erledigt ohne Nachgeben (i.d.R. durch Klagerücknahme), 3 durch Nachgeben und 29 durch teilweises Nachgeben (i.d.R. durch einen Vergleich). Die Anzahl der einstweiligen Rechtsschutzverfahren ist auf 28 (14) angewachsen.